

# BRUTTOINLANDSPRODUKT FÜR DEUTSCHLAND 2020

Statement zur Pressekonferenz  
am 14. Januar 2021



Wiesbaden, 14. Januar 2021

## Pressekonferenz

# „Bruttoinlandsprodukt 2020 für Deutschland“

am 14. Januar 2021 in Wiesbaden

Statement von Dr. Georg Thiel, Präsident des Statistischen Bundesamtes, und Albert Braakmann, Leiter der Abteilung „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Preise“

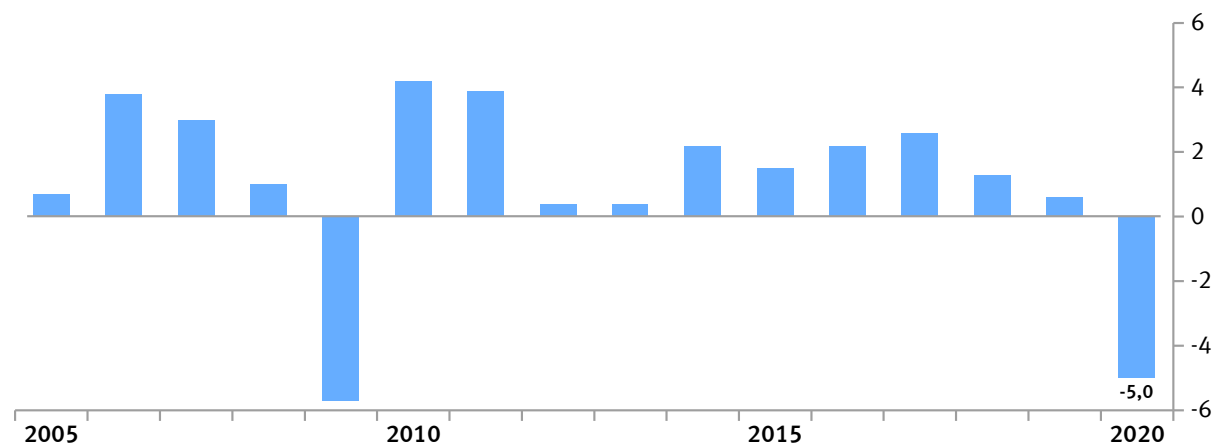
– Es gilt das gesprochene Wort –

1. Die deutsche Wirtschaft wurde im Corona-Krisenjahr 2020 schwer getroffen: Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ging um 5,0 % zurück.

Schaubild 1a

### Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

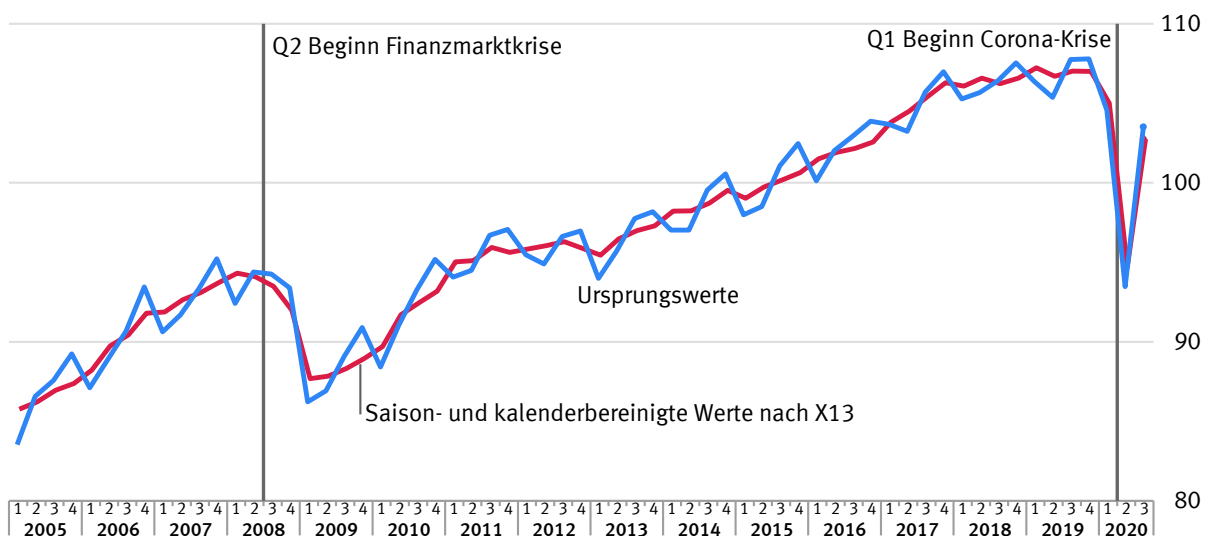


## Seite - 2 -

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland war im Jahr 2020 geprägt von der Corona-Pandemie. Der Ausbruch der Pandemie und der erste Lockdown im Frühjahr führten zu einem historischen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts im 2. Quartal 2020 um 9,8 %. Die kräftige Erholung im Sommer wurde zum Jahresende durch die zweite Corona-Welle und den erneuten Lockdown gebremst.

Insgesamt war das preisbereinigte BIP im Jahr 2020 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 5,0 % niedriger als 2019 (kalenderbereinigt -5,3 %). Die deutsche Wirtschaft ist somit nach einer zehnjährigen Wachstumsphase wieder in eine tiefe Rezession gerutscht, ähnlich wie zuletzt während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Der konjunkturelle Einbruch fiel aber im Jahr 2020 den vorläufigen Berechnungen zufolge insgesamt weniger stark aus als 2009 mit -5,7 %.

Schaubild 1b

**Bruttoinlandsprodukt in Deutschland**  
Preisbereinigt 2015 = 100

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Der Vergleich zeigt deutliche Unterschiede zwischen den beiden Krisen: Während die Finanz- und Wirtschaftskrise eher schleichend über mehrere Quartale einsetzte und sich die deutsche Wirtschaft anschließend auch nur langsam wieder erholte, wurde sie von der Corona-Krise abrupt und heftig gebremst. Dem tiefen Absturz im 2. Quartal 2020 folgte ein kräftiger Wiederanstieg der Wirtschaftsleistung im 3. Quartal, der zum Jahresende vom erneuten Lockdown gestoppt wurde.

Seite - 3 -

Allerdings wurde die deutsche Wirtschaft durch diesen zweiten Lockdown zum Jahresende offenbar weniger hart getroffen als durch den ersten Lockdown im Frühjahr. Darauf deuten die ersten amtlichen Produktions-, Umsatz- und Auftragseingangsindizes für November hin. Auch die bereits für Dezember verfügbaren experimentellen Daten stützen diese Vermutung: So verzeichneten die auf Mobilfunkdaten basierenden Mobilitätsindikatoren des Statistischen Bundesamtes seit Beginn der zweiten Corona-Welle wieder deutliche Rückgänge, während der Lkw-Maut-Fahrleistungsindex, der auf Lkw-Maut-Daten des Bundesamtes für Güterverkehr (BAG) basiert und eng mit der Industrieproduktion zusammenhängt, sich tendenziell positiv entwickelt hat. Dies lässt sich möglicherweise auch darauf zurückführen, dass die Unternehmen zu Beginn des zweiten Lockdowns, der im November begann und Mitte Dezember verschärft wurde, besser auf die Maßnahmen vorbereitet waren als im Frühjahr.

Entscheidend für die weitere gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird sein, wie sich der zweite Lockdown und die jetzt nochmals verschärften Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie einerseits und die ergriffenen staatlichen Stützungsmaßnahmen andererseits auswirken werden. Zum jetzigen Zeitpunkt ist daher die Schätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zum Jahresende mit größeren Unsicherheiten behaftet als üblich.

Die Verbraucherpreise sind in Deutschland im Jahr 2020 nur moderat gestiegen. Nachdem die Inflationsrate in Deutschland – gemessen als Veränderung des Verbraucherpreisindex (VPI) zum Vorjahr – 2019 noch bei 1,4 % gelegen hatte, haben sich die Preise für die Verbraucherinnen und Verbraucher im Jahresdurchschnitt 2020 voraussichtlich nur um 0,5 % erhöht. Das war der niedrigste Preisanstieg seit 2016 (ebenfalls 0,5 %). Im Gegensatz zu den Verbraucherpreisen stiegen die Preise für Wohnimmobilien (Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen) bis einschließlich des 3. Quartals 2020 weiterhin deutlich.

Maßgeblich verantwortlich für den schwachen Anstieg der Verbraucherpreise waren vor allem die temporäre Senkung der Mehrwertsteuersätze im 2. Halbjahr sowie die im Jahresdurchschnitt 2020 niedrigeren Preise für Mineralölprodukte. Die Einfuhrpreise für Erdöl und Erdgas lagen ebenfalls erheblich unter dem Vorjahresniveau, aber auch andere Vorleistungsgüter waren in der Einfuhr günstiger. Die Erzeugerpreise für Mineralölerzeugnisse sanken gegenüber 2019 deutlich, ebenso wie deren Großhandelspreise.

In jeweiligen Preisen belief sich das Bruttoinlandsprodukt 2020 auf 3 329 Milliarden Euro. Es lag damit 3,5 % unter dem Niveau von 2019. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin und Einwohner ging im Jahr 2020 gegenüber 2019 um 3,6 % zurück auf durchschnittlich 40 033 Euro.

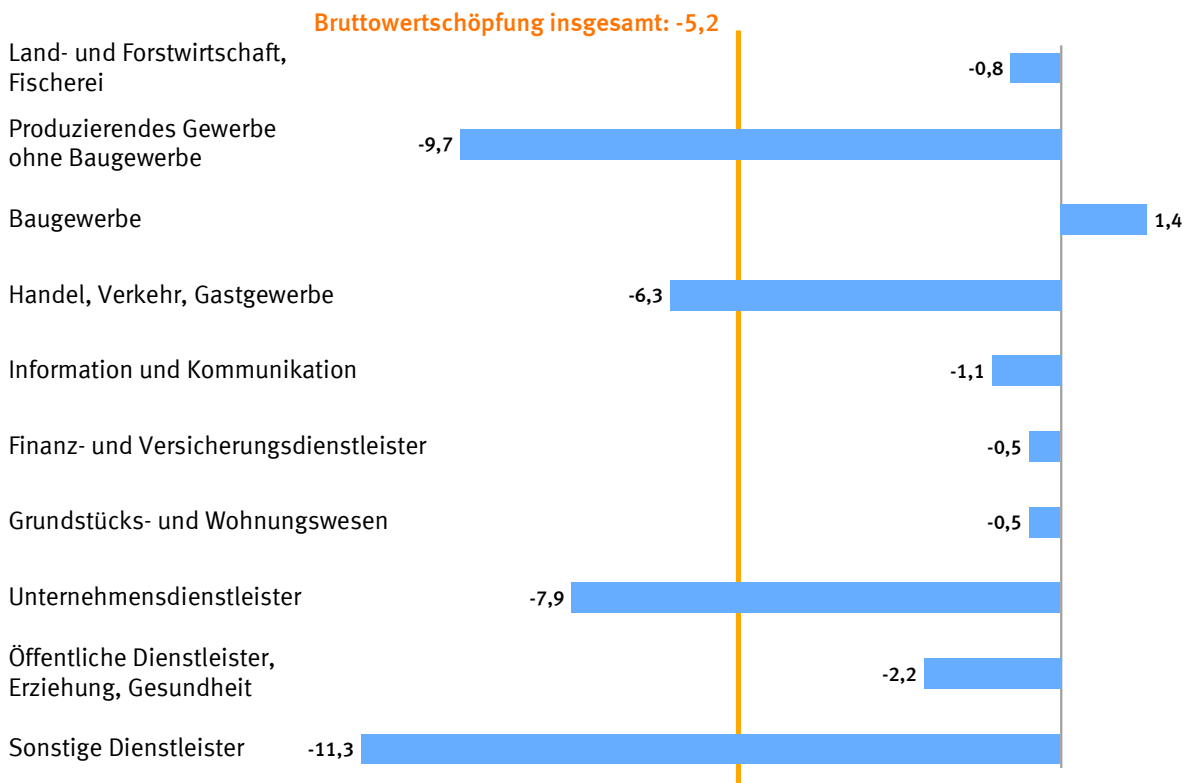
Seite - 4 -

## 2. Die Corona-Krise traf Industrie und Dienstleistungsbereiche hart – nur das Baugewerbe legte trotz Krise zu.

Schaubild 2

### Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 2020 in Deutschland

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Die Corona-Pandemie hinterließ im Jahr 2020 deutliche Spuren in nahezu allen Wirtschaftsbereichen – die Produktion wurde sowohl in den Dienstleistungsbereichen als auch im Produzierenden Gewerbe teilweise massiv eingeschränkt. In der Summe ging die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der deutschen Wirtschaft im Jahr 2020 um 5,2 % gegenüber 2019 zurück.

Ein Bereich, der sich trotz aller Einschränkungen in der Krise behaupten konnte, war das Baugewerbe: Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung nahm im Vorjahresvergleich sogar um 1,4 % zu.

Im Produzierenden Gewerbe ohne Bau ging die preisbereinigte Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorjahr um 9,7 % zurück, im Verarbeitenden Gewerbe sogar um 10,4 %. Die Industrie war vor allem in der ersten Jahreshälfte von den Folgen der Corona-Pandemie betroffen, unter anderem durch die zeitweise gestörten globalen Lieferketten. Nur in der Finanz- und Wirtschaftskrise hatte es 2009 einen stärkeren Rückgang gegeben (-19,3 % im Verarbeitenden Gewerbe). Im

## Seite - 5 -

Gegensatz zu den anderen Wirtschaftsbereichen war es im Produzierenden Gewerbe ohne Bau bereits im Jahr 2019 zu signifikanten Produktionseinbußen gekommen (-3,6 %).

Besonders deutlich zeigte sich der konjunkturelle Einbruch in den Dienstleistungsbereichen, die zum Teil so starke Rückgänge wie noch nie verzeichneten. Exemplarisch hierfür steht der zusammengefasste Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe, dessen Wirtschaftsleistung preisbereinigt um 6,3 % niedriger war als 2019. Dabei gab es durchaus gegenläufige Entwicklungen: Der Onlinehandel nahm deutlich zu, während der stationäre Handel zum Teil tief im Minus war. Ein äußerst niedriges Passagier- und Fahrgastaufkommen im Verkehr und die starken Einschränkungen in der Beherbergung und Gastronomie führten in diesen Bereichen ebenfalls zu historischen Rückgängen.

Ähnlich sah es im Bereich der Unternehmensdienstleister aus, zu dem beispielsweise die Autovermietung, die Arbeitnehmerüberlassung, die Reisebüros und -veranstalter sowie die Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter gehören. Einreisebeschränkungen und Reisewarnungen, abgesagte Messen und die geringe Nachfrage nach Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmern und im Mietwagengeschäft führten dazu, dass sich die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Jahr 2020 überdurchschnittlich stark verringerte, und zwar um 7,9 %.

Bei den sonstigen Dienstleistern, zu denen neben Sport und Unterhaltung auch die Kreativwirtschaft zählt, schlugen sich die Auswirkungen der Pandemie und deren Bekämpfung besonders heftig nieder. Da im Verlauf des Jahres Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen nur sehr eingeschränkt oder gar nicht betrieben werden durften und viele Veranstaltungen abgesagt werden mussten, sank die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Vergleich zum Vorjahr um 11,3 %.

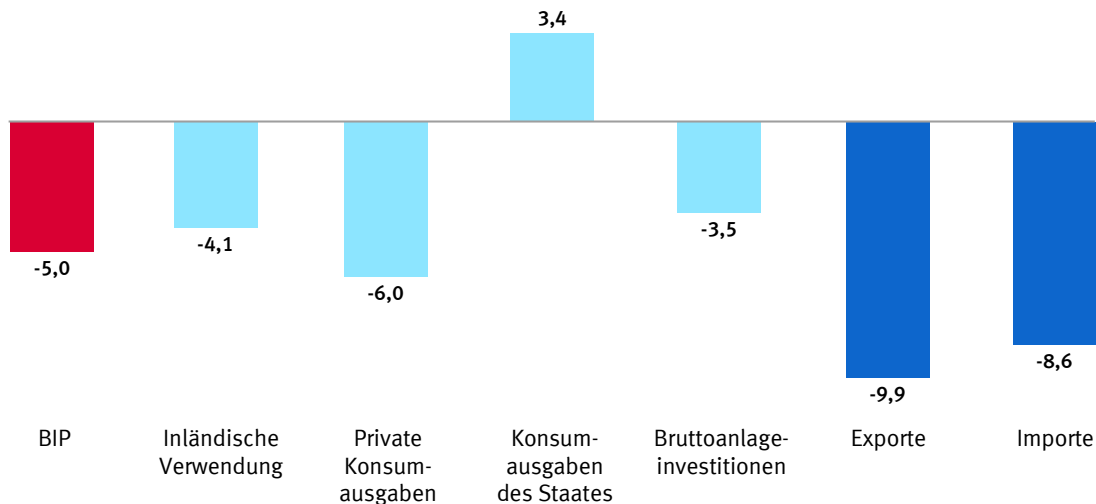
Sogar im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit kam es im Jahr 2020 zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um preisbereinigt 2,2 %. Die Gründe hierfür waren unter anderem, dass Kindertagesstätten zeitweilig schließen mussten und Arztpraxen sowie Kliniken teilweise unterdurchschnittlich ausgelastet waren, da zum Beispiel nicht zwingend notwendige Operationen verschoben wurden. Der Teilbereich der Öffentlichen Verwaltung dämpfte diese ungewöhnlich negative Entwicklung noch.

Seite - 6 -

### 3. Dem massiven Nachfragerückgang wirkten nur Zuwächse bei den staatlichen Konsumausgaben und den Bauinvestitionen entgegen.

Schaubild 3

**Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2020**  
 Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Auch auf der Nachfrageseite waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie deutlich sichtbar. Anders als während der Finanz- und Wirtschaftskrise, als der gesamte Konsum die Wirtschaft stützte, gingen die privaten Konsumausgaben im Jahr 2020 im Vorjahresvergleich preisbereinigt um 6,0 % und damit so stark wie noch nie zurück. Besonders stark brachen die Konsumausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen sowie für Freizeit-, Unterhaltungs- und Kulturdienstleistungen ein. Die Ausgaben für Kraftfahrzeuge waren im 1. Halbjahr ebenfalls stark rückläufig. Mit der zum 1. Juli 2020 in Kraft getretenen Senkung der Mehrwertsteuersätze stiegen die privaten Käufe von Kraftfahrzeugen im 2. Halbjahr aber wieder deutlich an. Eine erhöhte Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte war auch bei anderen langlebigen Gebrauchsgütern wie zum Beispiel bei Möbeln und bei elektrischen Haushaltsgeräten zu beobachten.

Im Gegensatz zu den privaten Konsumausgaben wirkten die Konsumausgaben des Staates mit einem preisbereinigten Anstieg von 3,4 % auch in der Corona-Krise stabilisierend, wozu unter anderem die Beschaffung von Schutzausrüstungen und Krankenhausleistungen beitrug. Damit stiegen die staatlichen Konsumausgaben stärker als in den drei vorangegangenen Jahren. Insgesamt ging der inländische Konsum im Jahr 2020 preisbereinigt um 3,4 % gegenüber 2019 zurück.

Die Bruttoanlageinvestitionen verzeichneten preisbereinigt mit -3,5 % den deutlichsten Rückgang seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Dabei legten die Bauinvestitionen entgegen diesem Trend um 1,5 % zu. In Ausrüstungen – das sind vor allem Investitionen in Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – wurden im Jahr 2020 dagegen preisbereinigt 12,5 %

## Seite - 7 -

weniger investiert als im Vorjahr. Die Investitionen in sonstige Anlagen, zu denen insbesondere die Investitionen in Forschung und Entwicklung gehören, fielen ersten Schätzungen zufolge preisbereinigt um 1,1 %.

Die Corona-Pandemie wirkte sich auch auf den Außenhandel massiv aus: Die Exporte und Importe von Waren und Dienstleistungen gingen im Jahr 2020 erstmals seit 2009 zurück, die Exporte preisbereinigt um 9,9 %, die Importe um 8,6 %. Besonders groß war der Rückgang der Dienstleistungsimporte, was vor allem am hohen Anteil des stark rückläufigen Reiseverkehrs lag. Das Handelsvolumen der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland ist entsprechend gesunken: In nominaler Betrachtung lag der Außenbeitrag im Jahr 2020 knapp 12 Milliarden Euro unter dem Vorjahreswert.

Die Wachstumsbeiträge der Verwendungsaggregate – vereinfacht ausgedrückt sind das gewichtete Veränderungsrate, die sich zur gesamten BIP-Veränderungsrate von -5,0 % summieren – ergeben für 2020 das folgende Bild:

- Die Exporte bremsten das BIP-Wachstum mit rechnerisch -4,6 Prozentpunkten am stärksten, während die Importe mit einem Wachstumsbeitrag von 3,5 Prozentpunkten gegensteuerten. Insgesamt trug der Außenbeitrag damit -1,1 Prozentpunkte zum BIP-Rückgang bei.
- Die privaten Konsumausgaben hatten mit einem negativen Wachstumsbeitrag von -3,2 Prozentpunkten nach den Exporten den zweitgrößten Anteil am Rückgang des BIP. Trotz der stützenden Wirkung der Konsumausgaben des Staates mit 0,7 Prozentpunkten trugen die Konsumausgaben insgesamt -2,5 Prozentpunkte zum Rückgang des BIP bei.
- Die Bruttoanlageinvestitionen trugen mit -0,8 Prozentpunkten zum Rückgang des BIP bei. Berücksichtigt man daneben noch die Vorratsveränderungen und den Nettozugang an Wertsachen, so ergibt sich ein zusätzlicher negativer Wachstumsbeitrag von -0,7 Prozentpunkten. Für die Bruttoinvestitionen insgesamt bedeutete dies einen negativen Wachstumsbeitrag von -1,5 Prozentpunkten.

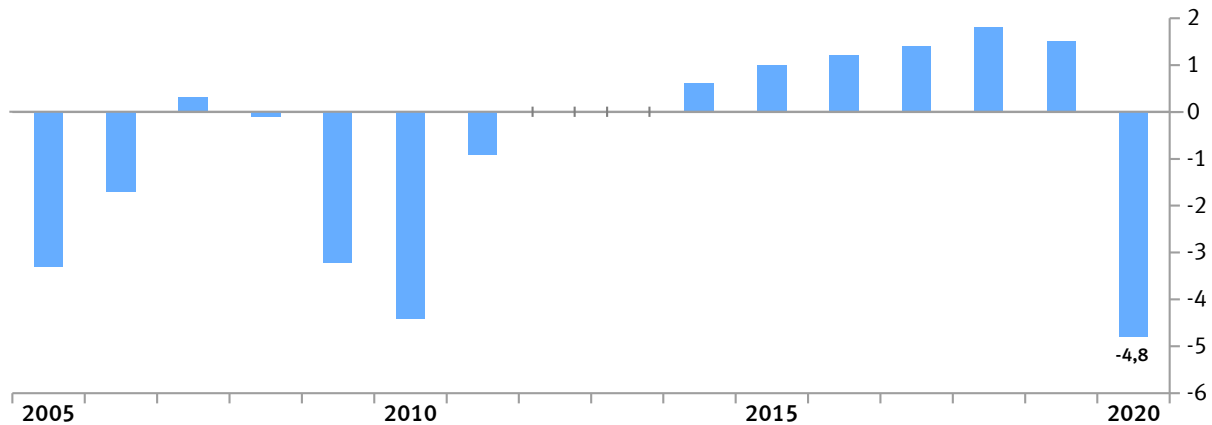


Seite - 8 -

#### 4. Die Corona-Krise führte erstmals seit 2011 wieder zu einem Finanzierungsdefizit des Staates.

Schaubild 4

**Finanzierungssaldo des Staates**  
in % des Bruttoinlandsprodukts



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Im Jahr 2020 betrug das Finanzierungsdefizit des Staates nach ersten Berechnungen 158,2 Milliarden Euro, nachdem der Staat im Jahr 2019 noch einen Überschuss in Höhe von 52,5 Milliarden Euro erzielt hatte. Gemessen am BIP in jeweiligen Preisen errechnet sich für 2020 eine Defizitquote von 4,8 %. Der europäische Referenzwert des Stabilitäts- und Wachstumspakts von 3 % und die Zielgröße für die nationale Schuldenbremse wurden demnach deutlich verfehlt. Allerdings wurde die Anwendung beider Zielgrößen aufgrund der Corona-Pandemie für die Jahre 2020 und 2021 ausgesetzt.

Nach acht Jahren mit Finanzierungsüberschüssen verzeichnete der Staat im Jahr 2020 erstmals wieder ein Finanzierungsdefizit. Es war das zweithöchste Defizit seit der deutschen Vereinigung, nur übertroffen vom Rekorddefizit des Jahres 1995, in dem die Treuhandschulden in den Staatshaushalt übernommen wurden.

Die gute fiskalische Ausgangslage aus dem Jahr 2019, in dem alle Teilsektoren des Staates einen Überschuss verzeichneten, verschlechterte sich 2020 im Zuge der Corona-Pandemie und der Maßnahmen, um die Folgen der Pandemie zu dämpfen, teilweise drastisch: Der Finanzierungssaldo des Bundes verringerte sich um mehr als 120 Milliarden Euro auf ein Defizit von 98,3 Milliarden Euro, und auch die Finanzierungssalden von Ländern und Sozialversicherung büßten im Vergleich zu 2019 jeweils über 40 Milliarden Euro ein. Die Gemeinden verzeichneten 2020 auch aufgrund höherer Transfers von Bund und Ländern mit -2,0 Milliarden Euro nur ein geringes Defizit. Das Vorjahr hatten sie noch mit einem Überschuss in Höhe von 5,1 Milliarden Euro abgeschlossen.

Seite - 9 -

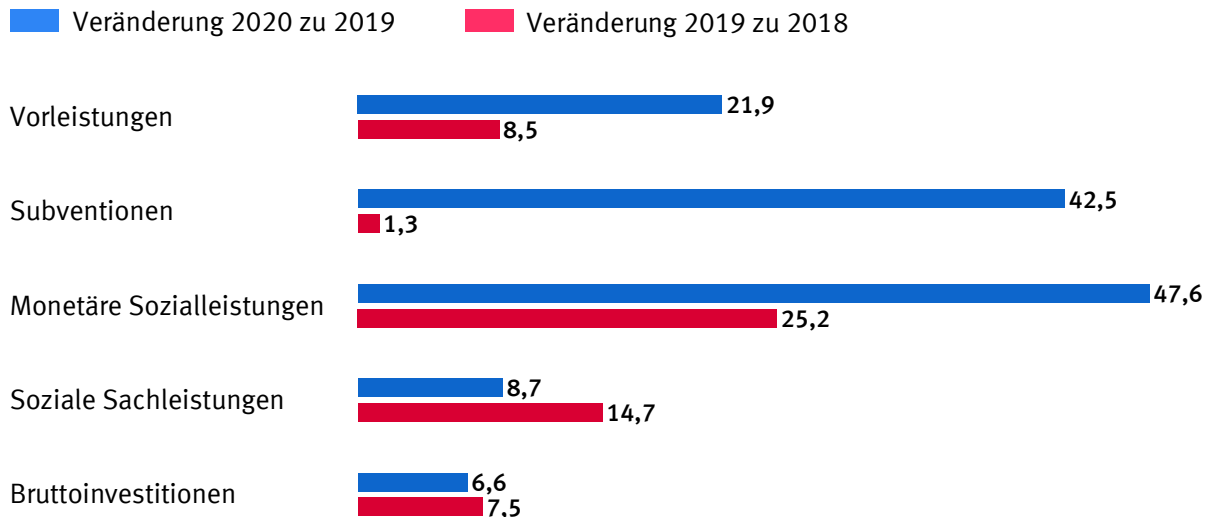
Im Jahr 2020 nahm der Staat 3,8 % weniger ein als im Vorjahr. Insbesondere die Steuereinnahmen blieben mit einem Rückgang von 8,0 % deutlich unter dem Vorjahresniveau. Während die Lohnsteuereinnahmen mit -3,0 % moderat sanken, gingen die Einnahmen aus Unternehmenssteuern massiv um 17,2 % zurück. Infolge des schwachen privaten Konsums und der temporären Senkung der Mehrwertsteuersätze nahmen auch die Einnahmen aus Gütersteuern um 8,0 % ab. Allein die Einnahmen aus Sozialbeiträgen stiegen leicht um 1,7 %, was allerdings durch die erweiterten Regelungen zur Kurzarbeit begünstigt wurde.

Seite - 10 -

## 5. Staatliche Corona-Hilfen zur Stützung der Wirtschaft erhöhten die Staatsausgaben deutlich.

Schaubild 5

### Ausgewählte Ausgaben des Staates in Mrd. Euro



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Geringeren Einnahmen standen im Jahr 2020 stark gestiegene Ausgaben des Staates gegenüber. Hinter diesem Ausgabenzuwachs von 9,5 % stehen vor allem Maßnahmen, um die Folgen der Corona-Pandemie zu mildern. Insbesondere die gezahlten monetären Sozialleistungen erhöhten sich, auch aufgrund der deutlichen Ausweitung der Kurzarbeit, um 47,6 Milliarden Euro (+8,7 %). Daneben trugen die Ausgaben für die staatlichen Sofort- und Überbrückungshilfen einschließlich der Novemberhilfe sowie die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge für Kurzarbeit im Jahr 2020 zu einem massiven Anstieg der Subventionen bei. Sie wuchsen um 42,5 Milliarden Euro und somit um mehr als das Doppelte im Vergleich zum Vorjahr (+138,1 %). Die Beschaffung und Bereitstellung von Schutzausrüstung, IT-Ausstattung oder Test- und Impfzentren spiegelt sich im Zuwachs der Vorleistungen um 21,9 Milliarden Euro (+12,1 %) wider.

Zusätzlich zu den direkten Corona-Hilfen können Unternehmen auch günstige Kredite oder Bürgschaften beantragen. Die Gewährung von Corona-Hilfen in Form von Krediten, Bürgschaften oder Garantien hat dabei aber grundsätzlich keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Finanzierungssaldo des Staates in Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). Diese werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur dann defizitwirksam gebucht, wenn ein Ausfall eines Kredits, einer Bürgschaft oder einer Garantie feststeht.

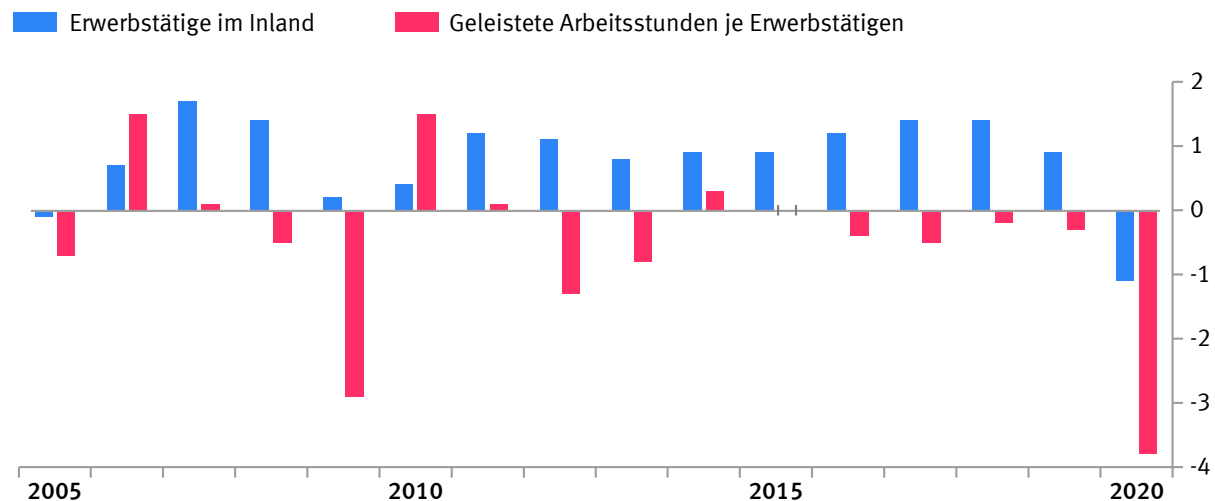
Seite - 11 -

## 6. Die Corona-Krise beendete nach 14 Jahren den stetigen Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt.

Schaubild 6

### Erwerbstätigkeit und Arbeitsstunden in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

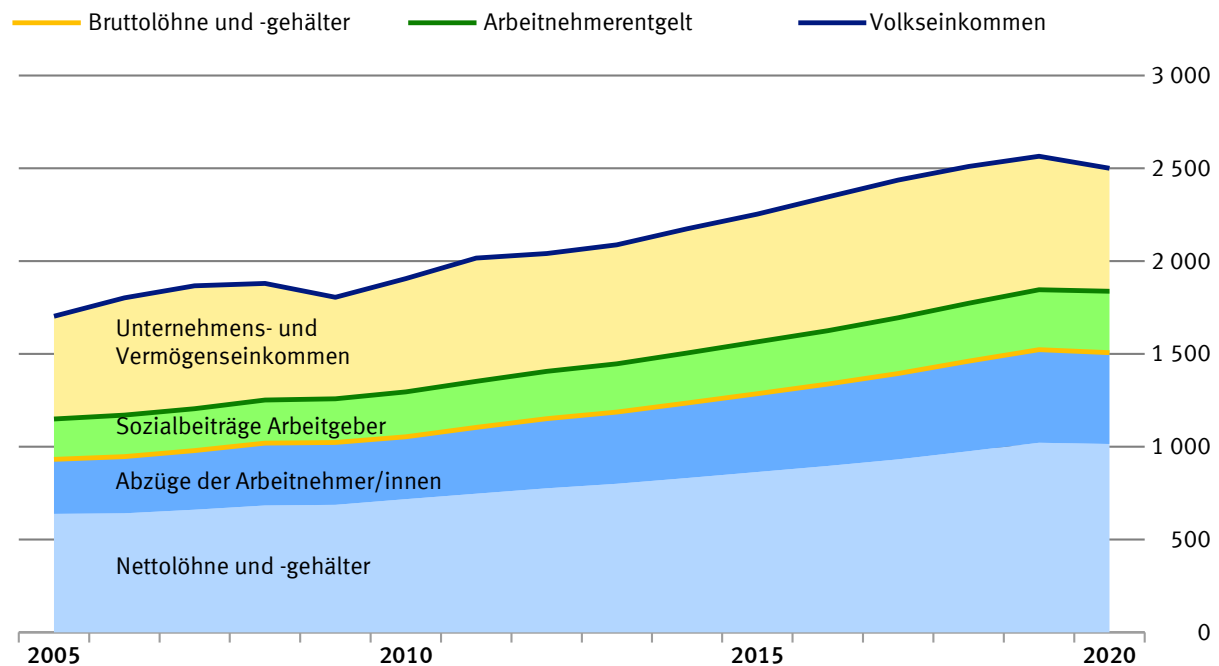
Die Wirtschaftsleistung im Jahr 2020 wurde von durchschnittlich 44,8 Millionen Erwerbstätigen im Inland erbracht. Das waren 477 000 Personen oder 1,1 % weniger als 2019. Damit endete aufgrund der Corona-Pandemie der über 14 Jahre anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit, der sogar die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 überdauert hatte. Besonders betroffen waren geringfügig Beschäftigte sowie Selbstständige, während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stabil blieb. Vor allem die erweiterten Regelungen zur Kurzarbeit dürften hier Entlassungen verhindert haben.

Im Jahr 2020 arbeitete jede und jeder Erwerbstätige im Durchschnitt 52 Stunden weniger als 2019. Das war ein Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden pro Kopf um 3,8 %. Dies zeigen erste vorläufige Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB). Dieser starke Einbruch der Arbeitsstunden ist vor allem auf die verstärkte Kurzarbeit zurückzuführen. Da Personen in Kurzarbeit weiterhin als Erwerbstätige zählen, ist der Rückgang der Erwerbstätigenzahl weit weniger stark ausgeprägt als der Rückgang des Arbeitsvolumens. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen – also die Zahl der von allen Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden 2020 – sank um 4,8 % auf 59,6 Milliarden Stunden, nachdem es 2019 noch den höchsten Wert seit 1991 erreicht hatte.

Seite - 12 -

## 7. Arbeitnehmerentgelte sanken deutlich weniger als die Unternehmens- und Vermögenseinkommen.

Schaubild 7  
**Komponenten des Volkseinkommens**  
 in Mrd. Euro



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Der wirtschaftliche Abschwung zeigte sich auch in der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentwicklung: Während das Arbeitnehmerentgelt nach dem Inländerkonzept gegenüber 2019 nur moderat um 0,5 % fiel, waren die Unternehmens- und Vermögenseinkommen ersten Berechnungen zufolge deutlich rückläufig (-7,5 %). Diese unterschiedlichen Entwicklungen sind typisch für Phasen eines wirtschaftlichen Abschwungs, in denen die Unternehmenseinkommen schneller reagieren als das Arbeitnehmerentgelt. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die staatlichen Stützungsmaßnahmen die Rückgänge gedämpft haben. So sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmen durch Kurzarbeitergeld und die Erstattung von Sozialbeiträgen für Kurzarbeitende entlastet worden. Die direkten staatlichen Zuschüsse für Unternehmen, die zu den sonstigen Subventionen zählen, haben zudem die Unternehmenseinkommen gestützt.

Das Volkseinkommen, das sich aus dem Arbeitnehmerentgelt sowie den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zusammensetzt, ging 2020 insgesamt um 2,5 % auf 2 500 Milliarden Euro zurück. Die Lohnquote, die den Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen misst, lag bei 73,4 % und somit 1,4 Prozentpunkte höher als im Vorjahr (72,0 %).

Seite - 13 -

Die Bruttolöhne und -gehälter aller inländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (ohne Sozialbeiträge der Arbeitgeber) gingen im Jahr 2020 gegenüber 2019 um 1,1 % zurück. Eine rückläufige Lohnsumme im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr gab es in den zurückliegenden drei Jahrzehnten bisher nur in den Jahren 1997 und 2003. Die damaligen Rückgänge waren mit -0,2 % und -0,1 % allerdings deutlich geringer als 2020. Die geringeren Bruttolöhne und -gehälter resultieren zum einen aus einer niedrigeren Arbeitnehmerzahl (-0,7 %) und zum anderen aus niedrigeren Durchschnittsverdiensten (-0,4 %). Ausschlaggebend für die niedrigeren Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer war vor allem der massive Anstieg der Kurzarbeit. Das Kurzarbeitergeld ist kein Bestandteil der Bruttolöhne und -gehälter, sondern eine monetäre Leistung der Sozialversicherung. Zieht man von den Bruttolöhnen und -gehältern die Sozialbeiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Lohnsteuer ab, ergeben sich die Nettolöhne und -gehälter. Diese waren 2020 vor allem aufgrund eines deutlichen Rückgangs der Lohnsteuer lediglich 0,6 % geringer als 2019.

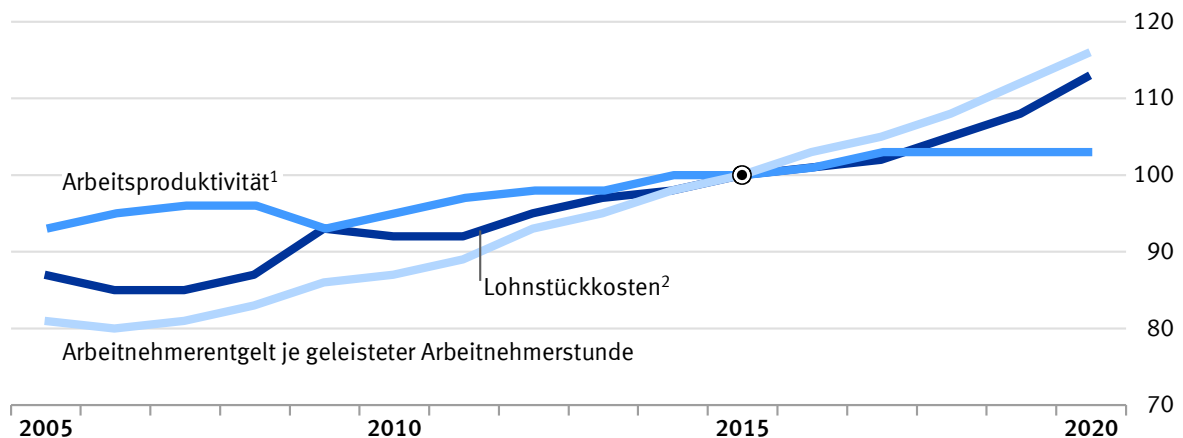
Die Nettolöhne und -gehälter sind der Hauptbestandteil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte. Hinzu kommen Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögen sowie die deutlich gestiegenen monetären Sozialleistungen. In der Summe hat sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2020 um 0,8 % erhöht. Die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sowie das angepasste Verhalten der Bevölkerung zum Schutz vor einer Infektion mit dem Corona-Virus führten dazu, dass die privaten Haushalte ihr verfügbares Einkommen im Jahr 2020 nicht im gewohnten Umfang ausgaben. Dadurch gingen die Konsumausgaben der privaten Haushalte in jeweiligen Preisen um 5,4 % gegenüber 2019 zurück. Infolgedessen stieg die Sparquote aller privaten Haushalte auf ein historisches Hoch von 16,3 %, das waren 5,4 Prozentpunkte mehr als 2019 (10,9 %).

Seite - 14 -

## 8. Sinkende Arbeitsproduktivität und steigende Lohnkosten führten zu höheren Lohnstückkosten.

Schaubild 8

**Arbeitsproduktivität und Lohnstückkosten (Stundenkonzept) in Deutschland**  
2015 = 100



1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je geleisteter Erwerbstätigenstunde.

2 Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zur Arbeitsproduktivität je geleisteter Erwerbstätigenstunde.

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Nach ersten Berechnungen veränderte sich die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je geleisteter Erwerbstätigenstunde, im Jahr 2020 nur um -0,2 %. Gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen ist die Arbeitsproduktivität dagegen im Zuge des konjunkturellen Rückgangs kräftig um 4,0 % gesunken. Der Unterschied erklärt sich dadurch, dass die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen sehr viel stärker zurückgingen als die Zahl der Erwerbstätigen. Die Arbeitszeit ist vor allem durch die enorme Ausweitung der Kurzarbeit, zusätzliche Freistellungen und den Abbau von Überstunden gesunken.

Im Jahr 2020 nahmen die durchschnittlichen Lohnkosten, gemessen als Arbeitnehmerentgelt pro Kopf beziehungsweise pro Stunde, kräftig zu, während die Arbeitsproduktivität zurückging. Folglich sind die Lohnstückkosten – definiert als Relation der Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität – wie schon in den vergangenen drei Jahren deutlich gestiegen: Nach dem Stundenkonzept waren die Lohnstückkosten um 4,0 % höher als 2019, nach dem Personenkonzept um 4,3 %.

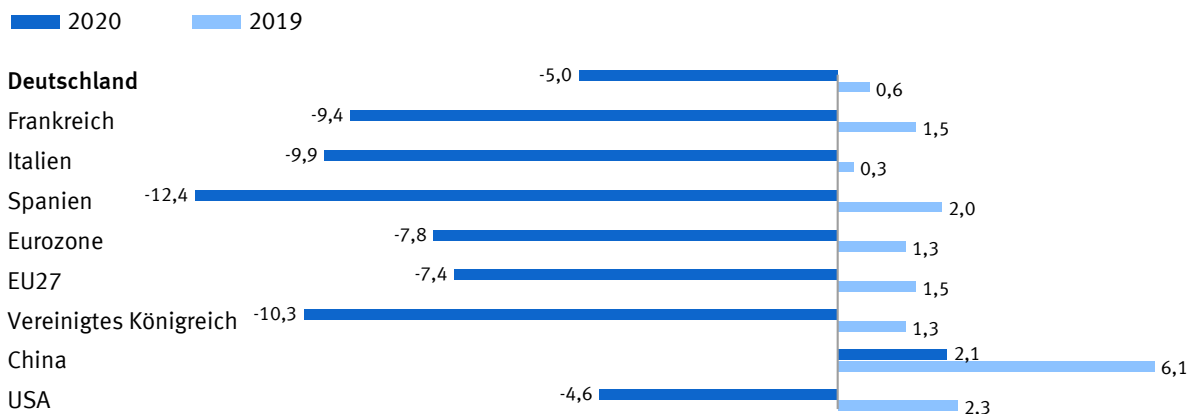
Seite - 15 -

## 9. Die deutsche Wirtschaft kam im internationalen Vergleich relativ gut durch das Krisenjahr 2020.

Schaubild 9

### Bruttoinlandsprodukt 2019 und 2020<sup>1</sup> im internationalen Vergleich

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



<sup>1</sup> Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, **Prognose Herbst 2020**, außer Angabe für Deutschland.

©  Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Da innerhalb der Europäischen Union (EU) und darüber hinaus nur Deutschland zu diesem frühen Zeitpunkt bereits ein BIP-Ergebnis für das Jahr 2020 veröffentlicht, müssen für internationale Vergleiche aktuelle Prognosen herangezogen werden. Die Europäische Kommission erwartet in ihrer Herbstprognose für die EU27 (ohne Vereinigtes Königreich) für das Jahr 2020 einen Rückgang des preisbereinigten BIP um 7,4 %. Für die 19 Staaten der Eurozone rechnet sie mit einem etwas stärkeren wirtschaftlichen Einbruch um 7,8 %. Die deutsche Wirtschaft kam mit einem Rückgang des BIP um 5,0 % also voraussichtlich deutlich besser durch die Corona-Krise als der europäische Durchschnitt. Die Wirtschaftsleistung der großen EU-Mitgliedstaaten Frankreich und Italien war mit Einbrüchen von voraussichtlich über 9 % wesentlich stärker von den Folgen der Corona-Pandemie betroffen als der europäische Durchschnitt, während Spanien laut Herbstprognose der Europäischen Kommission sogar mit einem Rückgang des BIP um 12,4 % rechnen muss.

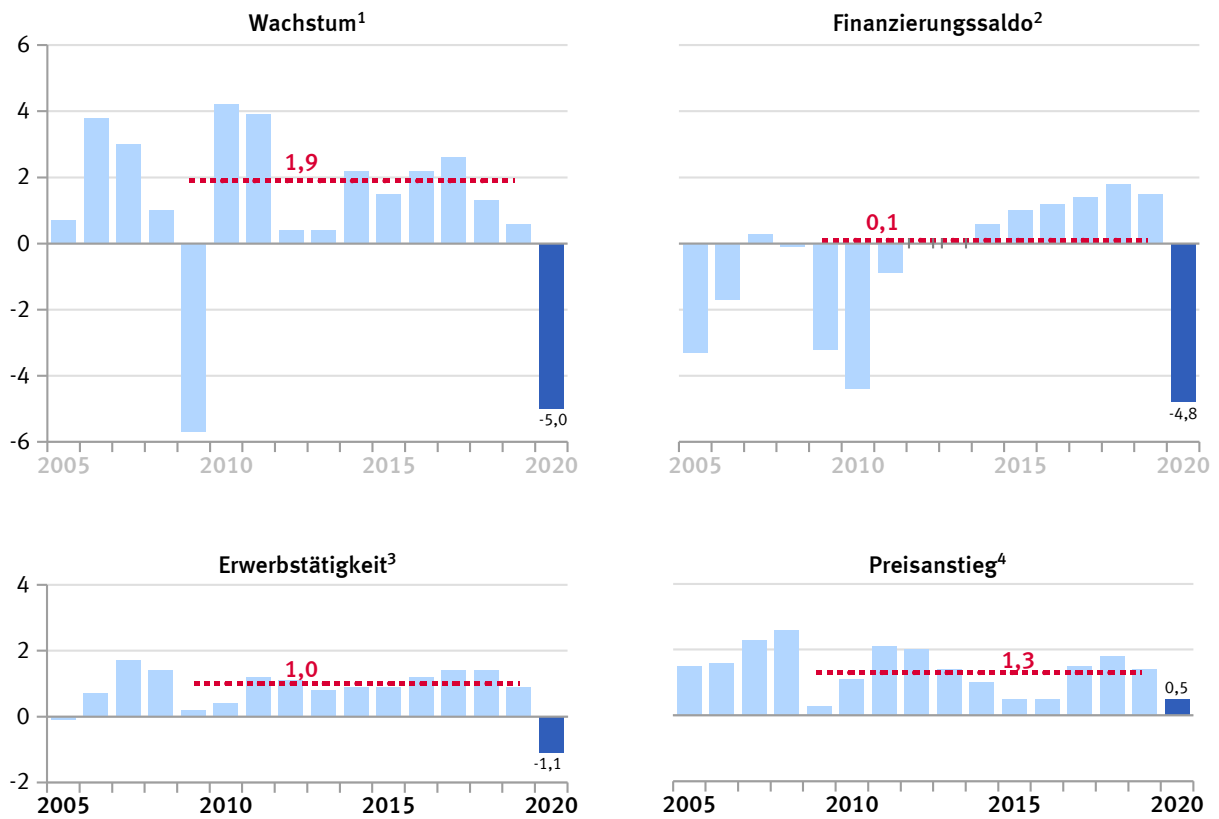
Die Prognosen der Kommission zeigen, dass die EU insgesamt im weltweiten Vergleich stark von der Corona-Krise getroffen wurde. So wird für die Wirtschaft der Vereinigten Staaten im Jahr 2020 mit -4,6 % ein etwas geringerer Rückgang erwartet als in Deutschland. Für die Volksrepublik China wird dagegen ein Wachstum von 2,1 % vorausgesagt. Mit dem zum Jahresende 2020 endgültig vollzogenen Brexit wird für das Vereinigte Königreich ein Einbruch des BIP um 10,3 % prognostiziert.



Schaubild 10

**Gesamtwirtschaftliche Konjunkturdaten für Deutschland**  
in %

..... Durchschnitt 2009–2019



1 Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP). 2 Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP.  
3 Veränderung der Erwerbstätigen im Inland. 4 Veränderung des Verbraucherpreisindex.

**10. Zusammenfassend kann zur gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland im Jahr 2020 Folgendes festgestellt werden:**

1. Die globale Wirtschaft wurde im Jahr 2020 von den Folgen der Corona-Pandemie hart getroffen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt für Deutschland ging um 5,0 % zurück und damit etwas weniger stark als in der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 (-5,7 %). Lediglich die staatlichen Konsumausgaben und der Bau nahmen gegenüber dem Vorjahr zu und verhinderten damit einen noch stärkeren Einbruch der Wirtschaftsleistung im Corona-Krisenjahr 2020.
2. Die staatlichen Haushalte verzeichneten 2020 nach acht Jahren mit Finanzierungsüberschüssen erstmals wieder ein Finanzierungsdefizit. Für Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen ergab sich insgesamt ein Minus von rund 158 Milliarden Euro. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich daraus für den Staat eine Defizitquote von 4,8 %, jenseits der ausgesetzten Obergrenzen von EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt und nationaler Schuldenbremse.
3. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland sank 2020 im Vergleich zu 2019 um 1,1 % und lag mit durchschnittlich 44,8 Millionen sogar noch unter dem Wert des Jahres 2018. Damit endete in der Corona-Pandemie der über 14 Jahre anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit in Deutschland.
4. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt 2020 voraussichtlich nur moderat um 0,5 %. Maßgeblich verantwortlich für die niedrige Inflation im Jahresverlauf waren vor allem die temporäre Senkung der Mehrwertsteuersätze im 2. Halbjahr sowie die im Jahresdurchschnitt niedrigeren Preise für Mineralölprodukte.
5. Im internationalen Vergleich kam die deutsche Wirtschaft im Jahr 2020 voraussichtlich deutlich besser durch die Krise als die meisten anderen europäischen Staaten.

Seite - 18 -

Die andauernde Corona-Pandemie hat uns alle vor große Herausforderungen gestellt – so auch die amtliche Statistik. Gleichzeitig hat die Nachfrage nach hochaktuellen und zugleich verlässlichen statistischen Informationen in der Krise zugenommen. Das Statistische Bundesamt hat deshalb – zusammen mit vielen Partnern, allen voran den Statistischen Ämtern der Länder – sein Datenangebot erweitert, um die Krisenfolgen mit aktuelleren Statistiken, neuen Indikatoren und Datenangeboten besser sichtbar zu machen:

- Trotz einer nicht einfachen Lage in der Statistikproduktion wurde mit dem 2. Quartal 2020 das vierteljährliche BIP-Ergebnis gut zwei Wochen früher veröffentlicht als bisher, nämlich 30 Tage statt 45 Tage nach Quartalsende.
- Der mit dem Bundesamt für Güterverkehr (BAG) entwickelte Lkw-Maut-Fahrleistungsindex wird nicht mehr nur monatlich, sondern arbeitstäglich aktualisiert. Die Tagesdaten werden in wöchentlichem Turnus veröffentlicht. Sie bilden damit die Fahrleistung der mautpflichtigen Lkw auf den Autobahnen, die in engem Zusammenhang mit der Industrieproduktion steht, mit einem Abstand von nur wenigen Tagen ab.
- Seit einigen Monaten bilden neue experimentelle Indikatoren auf Basis von Mobilfunkdaten die Mobilität in der Bevölkerung sehr genau und aktuell ab und bauen unser Angebot aus dem Bereich der „Experimentellen Daten“ weiter aus.
- Mit der Sonderseite „[Corona-Statistiken](#)“, die statistische Informationen zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie bündelt, und dem „[Krisenmonitor](#)“, der den Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung in der Corona-Krise mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 erlaubt, haben wir bereits in Frühjahr auf unserer Website neue Datenangebote zur Bewertung der Krisensituation bereitgestellt.
- Seit 15. Dezember ist das „Dashboard Deutschland“ online, das im Auftrag des Bundesinnenministeriums, des Bundesfinanzministeriums und des Bundeswirtschaftsministeriums entwickelt wurde. Das Datenportal bündelt hochaktuelle Indikatoren der amtlichen Statistik und weiterer Datenanbieter. Mit bereits mehr als 100 Indikatoren zu den Themenbereichen Wirtschaft und Finanzen sowie Gesundheit und Mobilität bildet das Dashboard umfassend die aktuelle Situation Deutschlands ab. Das Angebot dient auch als Gradmesser für die Corona-Krise und wird weiter ausgebaut. Sie finden es im Internet unter der Adresse [www.dashboard-deutschland.de](http://www.dashboard-deutschland.de).

Erste Ergebnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im 4. Quartal 2020 wird das Statistische Bundesamt am 29. Januar 2021 veröffentlichen. Detaillierte Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen folgen am 24. Februar 2021.